Bundesblatt

99. Jahrgang.

Bern, den 11. Dezember 1947.

Band III.

*Erscheint wöchentlich. Preis 28 Franken im Jahr, 15 Franken im Halbjahr, zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern.*

5330

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erteilung einer neuen Konzession für die «chemins de fer fribour- geois».

(Vom 5. Dezember 1947.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Die Konzession für die Normalspurbahn von Murten nach Freiburg wurde durch Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1888 (E. A. S. 10, 111) einem Initiativkomitee zuhanden einer Aktiengesellschaft erteilt. Diese Konzession, die durch mehrere Bundesbeschlüsse abgeändert wurde, ist gültig bis zum 21. Dezember 1968.

Die Konzession für die Normalspurbahn von Murten-Sugiez-Ins wurde durch Bundesbeschluss vom 30. Mai 1892 (E. A. S. 12, 39) demselben Initiativkomitee erteilt. Sie ist ebenfalls bis zum 21. Dezember 1968 gültig. Am 29. Juni 1899 (E. A. S. 15, 516) erfolgte die Übertragung der Konzession für die Linie Murten-Ins auf die inzwischen gegründete Eisenbahngesellschaft Freiburg-Murten. Dies führte zur Gründung der Eisenbahngesellschaft Freiburg-Murten-Ins, welche die erwähnte Linie erstellte und betrieb.

Durch Bundesbeschluss vom 26. März 1897 (E. A. S. 14, 347) erteilte die Bundesversammlung die Konzession für die Strassenbahn von Châtel-St-Denis (waadtländische Grenze) bis zur Kantonsgrenze Richtung Château-d'Oex, über Bulle und Montbovon. Sie wurde durch Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1907 (E. A. S. 23, 377), abgeändert durch Bundesbeschluss vom 15. April 1915 (E. A. S. 31, 65), auf die Strecke Châtel-St-Denis nach Palézieux ausgedehnt. Diese Konzession ist am 26. März 1947 abgelaufen. Die Strecke Châtel-St-Denis-Bulle-Montbovon wurde durch die «compagnie des chemins de fer électriques de la Gruyère» gebaut und betrieben. Die durch eine andere Gesellschaft erstellte Teilstrecke von Châtel-St-Denis nach Palézieux ging

gemäss Vereinbarung vom 8. Juni 1907 an die «compagnie des chemins de fer électriques de la Gruyère» über.

Die Konzession für eine Schmalspurbahn von La Tour de Trême nach Broc wurde durch Bundesbeschluss vom 26. März 1909 (E. A. S. 25, 124) einem Initiativkomitee zuhanden der «compagnie des chemins de fer électriques de la Gruyère» erteilt. Sie wurde durch Bundesbeschluss vom 15. April 1915 (E. A. S. 31, 65) abgeändert und verfällt am 26. März 1989.

Die Konzession für die Eisenbahn von Bulle nach Romont wurde durch den Kanton Freiburg am 23. November 1864 erteilt, durch Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1864 genehmigt (E. A. S. V 82 und 86) und am 20. Juni 1914 abgeändert (E. A. S. 30, 138). Sie ist bis zum 31. Dezember 1958 gültig. Die Eisenbahngesellschaft Bulle-Romont baute und betrieb die Strecke.

Am 5. August 1942 haben die ausserordentlichen Generalversammlungen der Eisenbahngesellschaft Freiburg-Murten-Ins und der «chemins de fer électriques de la Gruyère» ihre Fusion und die Gründung einer neuen Gesellschaft unter der Firmabezeichnung «Compagnie des chemins de fer fribourgeois» beschlossen. Der Zusammenschluss der beiden Unternehmungen war eine der durch den Bundesrat festgelegten Bedingungen zur Erlangung einer finanziellen Hilfeleistung auf Grund des Bundesgesetzes vom 6. April 1939 über die Hilfeleistung an private Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen.

Andererseits waren Aktiven und Passiven der Linie Bulle-Romont kurz vor ihrer Fusion durch die beiden Eisenbahngesellschaften «chemins de fer électriques de la Gruyère» und Freiburg-Murten-Ins übernommen worden.

Durch Bundesbeschluss vom 11. Dezember 1942 (E. A. S. 58, 40), womit die Konzessionen der Eisenbahnen von Murten nach Freiburg, von Murten-Sugiez-Ins und der «chemins de fer électriques de la Gruyère» sowie der Linie Bulle-Romont auf die «Compagnie des chemins de fer fribourgeois» übertragen wurden, erfolgte auch die Genehmigung der vorerwähnten Massnahmen.

Mit Schreiben vom 12. März 1947 haben die «chemins de fer fribourgeois» das Gesuch um Erneuerung der am 26. März 1947 abgelaufenen Konzessionen für die Linien Châtel-St-Denis-Bulle-Montbovon und Châtel-St-Denis-Palézieux gestellt. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäussert, es möchte anlässlich der Erneuerung dieser Konzessionen eine alle durch die «chemins de fer fribourgeois» betriebenen Linien umfassende Konzession ausgestellt werden.

Im Hinblick auf die zahlreichen Beschlüsse (28), welche die rechtliche Grundlage dieser Unternehmung bilden, erschien die Ausarbeitung einer neuen, alle bisherigen Bestimmungen umfassenden Konzession angezeigt. Die «Chemins de fer fribourgeois» sowie die Baudirektion des Kantons Freiburg haben dem Konzessionsentwurf zugestimmt. Dieser entspricht materiell den Bestimmungen der früheren Konzessionen, abgesehen von redaktionellen Änderungen. Einige Bestimmungen wurden den heutigen Verhältnissen angepasst. Die Dauer der neuen Konzession wurde auf 50 Jahre festgesetzt.

Wir beantragen Ihnen daher, dem nachstehenden Beschlussesentwurf über die Erteilung einer neuen Konzession an die «chemins de fer fribourgeois» zuzustimmen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 5. Dezember 1947.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Etter.

Der Bundeskanzler:

Leingruber.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss
über
**die Erteilung einer neuen Konzession für die «chemins
de fer fribourgeois».**

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht

in ein Gesuch der «Compagnie des chemins de fer fribourgeois»
vom 12. März 1947,

in eine Botschaft des Bundesrates vom 5. Dezember 1947,

beschliesst:

I.

Der «Compagnie des chemins de fer fribourgeois» wird zu den nachstehend angeführten Bedingungen eine neue Konzession für den Bau und Betrieb der «chemins de fer fribourgeois» erteilt:

Art. 1.

Gesetzgebung.

Die jeweiligen Bundesgesetze sowie alle übrigen Vorschriften der Bundesbehörden über Bau und Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen sollen jederzeit genaue Beachtung finden.

Art. 2.

Dauer.

Die Konzession wird für die Dauer von 50 Jahren, d. h. bis 31. Dezember 1997 erteilt.

Art. 3.

Strecken.

Die Konzession gilt für folgende Strecken:

1. Normalspurbahn Freiburg-Murten-Ins;
2. Normalspurbahn Bulle-Romont;

3. Schmalspurbahn Palézieux-Châtel-St. Denis-Bulle-Montbovon;
4. Schmalspurbahn Bulle-Broc.

Art. 4.

Der Sitz der Gesellschaft ist in Bulle.

Sitz.

Art. 5.

Mit Bezug auf die Benützung der öffentlichen Strassen zum Betrieb von Eisenbahnen gelten die durch den Regierungsrat des Kantons Freiburg aufgestellten Vorschriften, soweit sie nicht mit den Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession und der Bundesgesetzgebung in Widerspruch stehen.

Benützung der öffentlichen Strassen.

Art. 6.

Die Ausführung von Bauten sowie der zum Betrieb erforderlichen Einrichtungen darf nur geschehen auf Grund von Ausführungsplänen, die vorher durch die Aufsichtsbehörde genehmigt worden sind, gemäss den Vorschriften der Bundesbehörden über Bauprojekte von Eisenbahnen.

Baupläne.

Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, auch nach Genehmigung der Pläne eine Abänderung dieser Anlagen zu verlangen, wenn eine solche für die Betriebssicherheit notwendig erscheint.

Art. 7.

Die Konzessionärin übernimmt die Beförderung von Personen, Gepäck, Gütern und lebenden Tieren.

Transporte.

Art. 8.

Der Konzessionärin ist im allgemeinen anheingestellt, die Zahl der täglichen Züge und deren Verkehrszeiten festzusetzen. Immerhin sind die Fahrpläne nach den geltenden Bestimmungen vor der Inkraftsetzung der Aufsichtsbehörde, die auch über die Fahrgeschwindigkeit der Züge entscheidet, zur Genehmigung vorzulegen.

Fahrplan.

Art. 9.

Für die Beförderung von Personen werden zwei Wagenklassen geführt. Die Unternehmung trifft Vorkehrungen, damit alle Reisenden befördert werden können.

Wagenklassen.

Auf Verlangen der Aufsichtsbehörde müssen den Güterzügen Personenwagen beigegeben werden.

Art. 10.

Tarife.

Für die Beförderung von Personen, Gepäck, Traglasten (landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse), Gütern und lebenden Tieren sind die Tarife der Schweizerischen Bundesbahnen massgebend.

Die Unternehmung ist gehalten, Abonnementsbillette zu ermässigten Taxen nach mit dem Bundesrate zu vereinbarenden Bestimmungen auszugeben.

Es sind die den Interessen des Handels, der Industrie, sowie der Land- und Forstwirtschaft dienenden Ausnahmetarife einzuführen.

Die Unternehmung ist ermächtigt, die für die Berechnung der Beförderungstaxen dienenden Distanzen festzusetzen, wobei die effektiven Entfernungen maximal um folgende Prozentsätze erhöht werden dürfen:

Für die Strecken.	Personen	Für den Transport von Gepäck und Expressgut		Gütern	lebenden Tieren
Freiburg-Murten-Ins.	50%	50%	50%	50%	50%
Bulle-Romont.	60%	180%	180%	180%	90%
Palézieux-Châtel-St. Denis- Bulle-Montbovon und Bulle-Broc	60%	150%	150%	150%	150%

Bruchteile eines Kilometers können als ganze Kilometer berechnet werden.

Art. 11.

Armen- und
Polizei-
transporte.

Personen, deren Mittellosigkeit durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörden bezeugt wird, sind zum halben Preise zu befördern.

Für Polizeitransporte, die von eidgenössischen oder kantonalen Behörden angeordnet werden, sind die vom Bundesrat erlassenen besonderen Vorschriften massgebend.

Art. 12.

Reglemente
und Tarif-
bestimmungen.

Für die Einzelheiten des Transportdienstes sind Reglemente und Tarife aufzustellen und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 13.

Die in Art. 10 vorgesehenen Distanzzuschläge sind entsprechend herabzusetzen, wenn der auf das Aktienkapital entfallende Jahresgewinn in sechs aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt und für jedes einzelne der drei letzten Jahre 6% übersteigt, sofern nicht die Unternehmung den Bedürfnissen der Bevölkerung durch Gewährung anderer Preiserleichterungen oder durch Einführung von Verkehrsverbesserungen genügend Rechnung trägt. Über das Mass der Herabsetzung entscheidet der Bundesrat.

Wenn der Jahresgewinn in drei aufeinanderfolgenden Jahren 2% des Anlagekapitals nicht erreicht, erlangt die Unternehmung ein Anrecht

auf angemessene Erhöhung des nach gegenwärtiger Konzession zulässigen Höchstbetrages der Beförderungspreise. Über das Mass der Erhöhung entscheidet der Bundesrat.

Art. 14.

Die Unternehmung ist verpflichtet, einen genügenden Reservefonds Reservefonds. zu äufnen.

Art. 15.

Die Unternehmung hat sich bei einer in der Schweiz zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Haftpflicht und Fürsorgeeinrichtungen zugunsten des Personals. Versicherungsunternehmung oder einer andern, durch die Aufsichtsbehörde anerkannten Versicherungseinrichtung gegen Haftpflicht zu versichern, wie diese im Bundesgesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen und der Post festgelegt ist.

Sie hat ferner für das ständige Personal eine Dienstalterskasse oder eine Pensionskasse einzurichten oder das Personal bei einer in der Schweiz zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmung oder einer andern, durch die Aufsichtsbehörde anerkannten Versicherungseinrichtung zu versichern.

Die Unternehmung hat dafür zu sorgen, dass das Personal gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit versichert ist.

Verträge und Reglemente über die Haftpflichtversicherung und die Personalfürsorge sowie die Jahresrechnungen der Fürsorgeeinrichtungen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Art. 16.

Den eidgenössischen Beamten, denen die Aufsicht über den Bau Kontrolle. und Betrieb der Eisenbahnen obliegt, ist zu jeder Zeit freie Fahrt und freier Zutritt zu allen Teilen der Anlagen zu gewähren. Das zur Vornahme von Untersuchungen nötige Personal und Material, Pläne inbegriffen, ist ihnen gratis zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmung und ihr Personal haben ferner den mit der Kontrolle betrauten Organen alle hiefür notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Art. 17.

Die Aufsichtsbehörde kann verlangen, dass Beamte und Angestellte Diziplinarmassnahmen. der Eisenbahnen, die bei Ausübung ihres Dienstes zu begründeten Klagen Anlass geben und gegen die nicht von der Verwaltung selbst eingeschritten wird, gemassregelt oder entlassen werden.

Art. 18.

Für die Ausübung des Rückkaufsrechts des Bundes oder, wenn er Rückkauf. davon keinen Gebrauch machen sollte, der Kantone, für die auf ihrem Gebiet gelegenen Linien, gelten folgende Bestimmungen:

- a. Der Rückkauf des ganzen Netzes oder nur von Teilstrecken kann jederzeit erfolgen. Er ist der «Compagnie des chemins de fer fribourgeois» drei Jahre zum voraus schriftlich anzukündigen.
- b. Durch den Rückkauf wird der Bund Eigentümer der Bahn mit ihrem Betriebsmaterial und allem übrigen Zubehör. Immerhin bleiben die Rechte Dritter hinsichtlich der Krankenkasse und der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung vorbehalten. Zu welchem Zeitpunkt der Rückkauf auch erfolgen mag, ist die Bahn samt Zubehör in gutem Zustande abzutreten. Sollte diesen Verpflichtungen nicht Genüge getan werden, so ist ein verhältnismässiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen.
- c. Die Entschädigung für den Rückkauf beträgt den zweiundzwanzig-einhalbfachen Wert des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkt, in welchem der Rückkauf notifiziert wird, unmittelbar vorangehen, unter Abzug des Erneuerungsfonds. Bei Ermittlung des Reinertrages darf lediglich die durch diesen Akt konzedierte Eisenbahnunternehmung, mit Ausschluss aller andern etwa damit verbundenen Geschäftszweige, in Betracht und Berechnung gezogen werden.

Der Reinertrag wird gebildet aus dem gesamten Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben, zu welchen letzteren auch diejenigen Summen zu rechnen sind, welche auf Abschreibungsrechnung getragen wurden.

Im Falle des Rückkaufs im Zeitpunkte des Ablaufs der Konzession ist nach der Wahl des Bundes entweder der Betrag der erstmaligen Anlagekosten für den Bau und Betrieb oder eine durch bundesgerichtliche Abschätzung zu bestimmende Entschädigung zu bezahlen.

- d. Streitigkeiten, die über den Rückkauf und damit zusammenhängende Fragen entstehen könnten, unterliegen der Entscheidung des Bundesgerichts.

Art. 19.

Nachträglicher Rückkauf.

Hat einer der interessierten Kantone eine Eisenbahnlinie zurückgekauft, so ist der Bund dennoch jederzeit befugt, sein Rückkaufsrecht, wie es im Art. 18 vorgesehen ist, auszuüben, und der Kanton hat unter den gleichen Rechten und Pflichten die Bahn dem Bunde abzutreten, wie letzterer dies von der Konzessionärin zu fordern berechtigt gewesen wäre.

II.

Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses werden aufgehoben:

1. Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1888 über die Erteilung der Konzession für eine Normalspurbahn von Murten nach Freiburg

- (E. A. S. **10**, 111), abgeändert durch Bundesbeschlüsse vom 15. April 1898 (E. A. S. **15**, 107), 22. Juni 1901 (E. A. S. **17**, 100), 21. Dezember 1911 (E. A. S. **27**, 248) und 10. April 1913 (E. A. S. **29**, 36).
2. Bundesbeschluss vom 30. Mai 1892 über die Erteilung der Konzession für eine normalspurige Regionalbahn von Murten-Sugiez-Ins (E. A. S. **12**, 39), abgeändert durch Bundesbeschlüsse vom 29. Juni 1899 (E. A. S. **15**, 524), 22. Juni 1901 (E. A. S. **17**, 100), 21. Dezember 1911 (E. A. S. **27**, 248) und 10. April 1913 (E. A. S. **29**, 36).
 3. Bundesbeschluss vom 26. März 1897 über die Erteilung der Konzession für eine elektrische Strassenbahn von Châtel-St. Denis (waadtländische Grenze) bis zur Kantonsgrenze Richtung Châteaud'Oex über Bulle und Montbovon (E. A. S. **14**, 354), Ausdehnung der Konzession auf die Strecke Châtel-St. Denis-Palézieux gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1907 (E. A. S. **23**, 377) und Abänderung gemäss Bundesbeschluss vom 15. April 1915 (E. A. S. **31**, 65).
 4. Bundesbeschluss vom 26. März 1909 über die Erteilung der Konzession für eine elektrische Schmalspurbahn von La Tour-de-Trême nach Broc (E. A. S. **25**, 124), abgeändert durch Bundesbeschluss vom 15. April 1915 (E. A. S. **31**, 65).
 5. Die Konzession für die Eisenbahn Bulle-Romont, durch den Kanton Freiburg am 28. November 1864 erteilt (E. A. S. V, 82) und durch die Bundesversammlung am 14. Dezember 1864 genehmigt (E. A. S. V, 86), abgeändert durch Bundesbeschluss vom 20. Juni 1914 (E. A. S. **30**, 138).
 6. Bundesbeschluss vom 29. Juni 1899 über die Erteilung der Konzession für eine elektrische Bahn von Palézieux nach Châtel-St. Denis (E. A. S. **15**, 547), abgeändert und ergänzt durch Bundesratsbeschlüsse vom 8. März 1901 (E. A. S. **17**, 40) und 1. Juli 1903 (E. A. S. **19**, 142) sowie Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1907 (E. A. S. **23**, 377).
 7. Bundesbeschluss vom 11. Dezember 1942 über die Übertragung der Konzessionen der Bahnen von Murten nach Freiburg, von Murten über Sugiez nach Ins, der «chemins de fer électriques de la Gruyère» sowie der Eisenbahn von Bulle nach Romont an die «Compagnie des chemins de fer fribourgeois» (E. A. S. **58**, 40).

III.

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug dieses Beschlusses, der am 1. Januar 1948 in Kraft tritt, beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erteilung einer neuen Konzession für die «chemins de fer fribourgeois». (Vom 5. Dezember 1947.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1947
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	5330
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1947
Date	
Data	
Seite	813-821
Page	
Pagina	
Ref. No	10 036 072

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.